



Rülke zum Haushalt des Ministerpräsidenten: "Maßlosigkeit ist, wenn Du ein Fass aufmachst, wo eine Flasche genügt!"

In der Haushaltsdebatte übte der Vorsitzende der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, heftige Kritik an die Adresse des Ministerpräsidenten gewandt. So stellte er fest, dass alleine im Staatsministerium seit Kretschmanns Amtsantritt 2011 eine Aufstockung von Netto 73,5 Stellen zu verzeichnen sei, die in das Justizministerium seit 2016 ausgegliederte Europaabteilung bereits mit einberechnet. Gegenüber der Amtsführung seines vielgescholtenen Vorgängers Stefan Mappus bedeute dies Plus von 35 Prozent. „Auch in diesem Haushalt langt das Staatsministerium wieder bei Personalstellen kräftig zu“, so Rülkes Kritik:

Dazu passe auch das im Nachtragshaushalt 2019 erfundene Arbeitsprogramm „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, für das seinerzeit 10 Millionen Euro und im aktuellen Haushalt abermals 10 Millionen Euro veranschlagt wurden. Dies sei in Wirklichkeit nach Aussage Rülkes „ein Sammelsurium von Wunsch-Dir-Was der Ministerien ohne erkennbare Klammer.“ Ein ähnliches Beispiel sei der sogenannte „Strategiedialog Automobil“ mit eingeplanten Repräsentationsmitteln im Jahre 2020 von 1 Million Euro und weiteren 600.000 Euro im Jahr 2021. Hier beantrage die FDP/DVP Fraktion die Streichung dieser Mittel im Landeshaushalt, kündigte Rülke an.

Zu Kretschmanns Ausgabenpolitik im Staatsministerium falle ihm ein Satz des Aphoristikers Fritz Schaarschuh ein, mit dem die Haushaltspolitik der gesamten Landesregierung charakterisiert werden könnte: „Maßlosigkeit ist, wenn Du ein Fass aufmachst, wo eine Flasche genügt!"

Niemand wisse, wo diese Landesregierung hinwolle, kritisierte Rülke: „Machterhalt ist die einzige gemeinsame Überschrift für diese grün-schwarze Koalition.“ Vielfach gehe es einzig und allein um Einzelaktionen, die auf inhaltlich unsinnige Medienauftritte des Ministerpräsidenten abzielten. Als Beispiel nannte er eine „Dialektinitiative“, für die 100.000 Euro im Jahr vorgesehen seien.

Gleichzeitig versage diese Landesregierung völlig bei der zentralen Zukunftsaufgabe: Den Mobilitätsstandort Baden-Württemberg in die Zukunft zu führen. Mittlerweile habe sich auch gezeigt, was die grün-schwarze Regierung mit ihrem einseitigen Kurs in Richtung einer umwelt- und mobilitätsfeindlichen sowie arbeitsplatzvernichtenden Technologie, nämlich des batterieelektrischen Antriebs, eigentlich im Schilde führe: „Man will dem Autofahrer eine untaugliche Technologie aufzwingen, um am Ende das Autofahren und die Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg ganz zu vernichten“, so Rülke. Er erinnerte an die freimütige Aussage des Verkehrsministers Winfried Hermann,



als dieser in einem Anfall seltener Ehrlichkeit zu der Möglichkeit einer Tesla-Ansiedlung in Baden-Württemberg gesagt hatte: "Wir brauchen nicht noch mehr Autoindustrie in Baden-Württemberg." Damit sei jetzt die Katze aus dem Sack. Die Grünen wollten den batterieelektrischen Antrieb nicht wirklich. Er sei nur Mittel zum Zweck, das Automobil als solches zu vernichten. „Winfried Hermanns Ziel ist die Demobilisierung und die Deindustrialisierung dieses Landes. Ihm schwebt ein Volk von Fahrradhelmtägern vor. Herr Ministerpräsident, wann endlich entfernen Sie diese Reinkarnation von Henry Morgenthau aus Ihrem Kabinett?", fragte Rülke. In Bezug auf Hermann empfahl er ihm, jenes chinesische Sprichwort zu beherzigen, das da heißt: „Ein törichter Freund ist eine größere Plage als ein weiser Feind."

Winfried Kretschmann hätte ja selbst nur wenig Erhellendes zur Mobilitätswende beizutragen, stellte Rülke fest. So hätte dieser im mittlerweile legendären kabarettistischen Dialog mit Harald Schmidt Anfang November im Stuttgarter Schauspielhaus zur Frage der Batteriemobilität gesagt: "Der Bürger wird sich eine Fotovoltaik-Anlage aufs Dach bauen. Dann tanken Sie zu Hause umsonst." Dieser Satz zeige die ganze Abgehobenheit der Grünen, so Rülke: „Bürger ist für die Grünen nur noch der mit einem Eigenheim. Was ist mit den Menschen, die zur Miete wohnen, im Mehrfamilienhaus, im Hochhaus? Sind Sie nur noch der Ministerpräsident einer neugrünen Bohème auf der Stuttgarter Halbhöhe?"

Die CDU-Vorsitzende Kramp-Karrenbauer hätte ja inzwischen ihren Ruf weg als „Fettnäpfchensuchgerät aus dem Saarland“, stellte Rülke fest und erinnerte an zahlreiche Beispiele vom missglückten Scherz über das dritte Geschlecht, den tollpatschigen Umgang mit der Kritik des Youtubers Rezo, über die Anregung, Herrn Maaßen aus der CDU auszuschließen, in Nordsyrien die Bundeswehr einzusetzen, bis hin zum verfassungswidrigen Vorschlag einer allgemeinen Dienstpflicht. So äußerte der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Reinhart schließlich den besten Satz seiner langen politischen Karriere, so Rülke, indem er sagte: "Die CDU ist inhaltlich insolvent!"

Rülke verrate Reinhart jetzt ein Geheimnis: „Winfried Kretschmann könnte auch CDU-Vorsitzender sein“ und zählte auf:

„Angefangen hat dies mit Ihrem scheinheiligen Umgang mit dem Thema Bürgerbeteiligung. So verkündeten Sie bei Ihrem Amtsantritt eine ‚Politik des Gehörtwerdens‘, um bei den ersten Schwierigkeiten aber sophistisch festzustellen: ‚Gehörtwerden heißt nicht Erhörtwerden!‘“ Und mittlerweile räume Kretschmann ein: „Ich habe bei der direkten Demokratie umgedacht.“ Da stehe dieses Mal nicht Hannah Arendt Pate, sondern Karl Marx: "Das Sein bestimmt das Bewusstsein": Um als Grüner an die Macht zu kommen, sei das Volk recht, aber bei der Machtausübung solle das Volk dann gefälligst nicht mehr stören, kritisierte Rülke die Haltung des Ministerpräsidenten. „Es gibt eine Definition von Heuchelei, Herr Kretschmann, die von einem Unbekannten stammt. Sie könnte aber von Hannah Arendt sein“, so Rülke und zitierte: „Ein Heuchler ist ein Mensch, der ein Buch schreibt, in dem er den



Atheismus preist, dann aber betet, dass es ein Kassenschlager wird."

Rülke nennt eine Reihe weiterer Fehltritte, mit denen es der Ministerpräsident durchaus mit Kramp-Karrenbauer aufnehmen könne:

So hätte er seine Aussage zu kriminellen und gefährlichen Flüchtlingen und Asylbewerbern, man müsse „Tunichtgute in die Pampa schicken“ beim Gemeindetag dann bedauernd zurückgenommen. Weiter sei der törichte Vorschlag zu nennen, die Kinder sollten mangels Möglichkeiten zum Schwimmunterricht in der Donau schwimmen lernen. „Jeder, der mit dem Thema Sicherheit beim Schwimmen zu tun hat, hat die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen, Herr Kretschmann“, so Rülke.

Anschließend verglich der Ministerpräsident Menschen, die auf der Autobahn über 130 fahren, mit Waffennarren in den USA. „Aber das passt ja zum grünen Kulturkampf gegen das Auto“, stellte Rülke fest.

Schließlich sei noch an Kretschmanns Auftritt bei Harald Schmidt erinnert, der stark an die britische Komikertruppe Monty Python erinnerte. In seinem Auftritt mit Schmidt im Theaterhaus hatte Kretschmann erklärt, Herr Habeck müsse Kanzlerkandidat der Grünen werden. Um nach einigem Entsetzen in der eigenen Partei dann hinterher zu einzuräumen, Frau Baerbock könne das auch. „Vermutlich nachdem sie den in ihrem Sommerinterview angedeuteten Kobold in ihrem Elektroauto endlich gefunden hat“, so Rülke. Im Übrigen - zitierte Rülke den Ministerpräsidenten - sei das jetzt gar nicht zu entscheiden. Und schon gar nicht von Ihm. „Als die Theaterscheinwerfer nach Ihrem Auftritt dunkler wurden, wurde bei Ihnen der Realitätssinn wieder heller“, stellte Rülke fest und weiter: „Das hielt aber nicht lange vor. Inzwischen ist unserem Landesvater eingefallen, auch Herr Özdemir müsse Kanzler werden. Genügt den Grünen beim Parteivorsitz eine Doppelspitze, wünscht sich Winfried Kretschmann im Kanzleramt gar eine Dreifachspitze aus mittlerweile Habeck, Baerbock und Özdemir. Sollten die Grünen jemals ins Kanzleramt einziehen und Winfried Kretschmann über die Personalien mitentscheiden, so residiert vermutlich in der Berliner Regierungszentrale irgendwann ein Fabelwesen namens Özbaerbeck.“

„Herr Ministerpräsident, zum Wirken der von Ihnen geführten Landesregierung, zu diesem Haushalt und zum Haushalt der von Ihnen zu verantworteten Regierungszentrale hat nicht Harald, sondern Helmut Schmidt, der es wissen musste, schon alles Notwendige gesagt“, so Rülke und zitierte den Altkanzler: „Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden!“